ZBJV

Stämpfli Verlag

ZBJV 10/2012 | S. 673–757 **673**

Abhandlungen

Die staatsrechtliche Rechtsprechung des Bundesgerichts in den Jahren 2011 und 2012

Von Proff. Walter Kälin,

Jörg Künzli,

Andreas Lienhard,

Pierre Tschannen,

Axel Tschentscher,

Judith Wyttenbach, Bern

Die Autoren und die Autorin sind Mitglieder des Departements für öffentliches Recht der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bern. Sie haben die Besprechung der bundesgerichtlichen Urteile aus den Jahren 2011 und 2012 untereinander aufgeteilt; angestrebt wird eine Konzentration auf die wichtigsten Entscheide, insbesondere zu Grundsatzfragen.

Die Beiträge sind mit den Namen des jeweiligen Autors bzw. der Autorin gekennzeichnet.*

Inhaltsübersicht

I. Grundsätze rechtsstaatlichen Handelns (Axel Tschentscher)

1. Legalitätsprinzip
2. Verhältnismässigkeitsprinzip
3. Subsidiaritätsprinzip
4. Vertrauensschutzprinzip

II. Allgemeine Grundrechtslehren (Jörg Künzli)

III. Rechtsgleichheit und Willkürverbot (Walter Kälin)

1. Rechtsgleichheit und Diskriminierungsverbot

1.1 Rechtsgleichheitsgebot

1.2 Diskriminierungsverbot

Das Dokument "Die staatsrechtliche Rechtsprechung des Bundesgerichts in den Jahren 2011 und 2012" wurde von Gast am 25.04.2024 auf der Website zbjv.recht.ch erstellt. | © Staempfli Verlag AG, Bern - 2024

2. Willkürverbot und Wahrung von Treu und Glauben

2.1 Willkürverbot

2.2 Gebot von Treu und Glauben

IV. Grundrechte des Persönlichkeitsschutzes (Axel Tschentscher)

1. Persönliche Freiheit

1.1 Verbot des Nacktwanderns (öffentliche Sittlichkeit)

1.2 Bewegungsfreiheit – Privates Festhalterecht

2. Privatsphäre – Observation auf dem Balkon

3. Informationelle Selbstbestimmung

3.1 Google Street View

3.2 Bankauskünfte

4. Recht auf Ehe – Lex Brunner

5. Familienleben

5.1 Invaliditätsberechnung

5.2 Wegweisung von Elternteilen nach Scheidung

6. Grundschulunterricht

6.1 Integrierte Sonderschulung

6.2 Heimschulung

6.3 Schultransport und Mittagstisch

V. Glaubens- und Gewissensfreiheit (Axel Tschentscher)

1. Schwimmunterricht

2. Besoldung von Pfarrern

3. Partieller Kirchenaustritt

VI. Kommunikationsgrundrechte (Axel Tschentscher)

1. Meinungsfreiheit

1.1 Nazi-Beschimpfungen

1.2 SBB-Plakatverbot

2. Medienfreiheit – Sachgerechtigkeitsgebot

3. Demonstrationsfreiheit – Kundgebung am Ostersonntag

4. Sprachenfreiheit – Italienisches Schulobligatorium

VII. Eigentumsgarantie und Wirtschaftsfreiheit (Andreas Lienhard)

1. Eigentumsgarantie

1.1 Flughafen Zürich/Bewertungsmodell zur Quantifizierung fluglärmbedingter Minderwerte bei Ertragsliegenschaften

1.2 Hochwasserschutzmassnahme/Berechnung des Bundesbeitrages

2. Wirtschaftsfreiheit

2.1 Zulässigkeit eines «Assessments»/Normdichte für Grundrechtseingriff

2.2 Praxisänderung zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit nach KVG

2.3 Zugangs- und Aufschaltverpflichtung nach Art. 60 RTVG

2.4 Strafrechtliche Einziehung von Prostituiertenlohn

2.5 Heilmittelabgabe durch Ärzte im Kanton Zürich

Das Dokument "Die staatsrechtliche Rechtsprechung des Bundesgerichts in den Jahren 2011 und 2012" wurde von Gast am 25.04.2024 auf der Website zbjv.recht.ch erstellt. | © Staempfli Verlag AG, Bern - 2024

2.6 Entzug der Unterrichtsberechtigung rechtmässig
2.7 Verwendung von Pfand- und Mehrweggeschirr
2.8 Standortplanung Mobilfunkantennen
2.9 Binnenmarktrecht

VIII. Andere verfassungsmässige Rechte (Pierre Tschannen)

1. Politische Rechte
   1.1 Verfahren
   1.2 Verhältniswahlen
   1.3 Gültigkeit von Volksinitiativen
   1.4 Einheit der Materie
   1.5 Private Einflussnahme
   1.6 Behördliche Einflussnahme
   1.7 Nachzählung
2. Vorrang des Bundesrechts
3. Gemeindeautonomie
4. Gewaltenteilung

IX. Staatsverträge und Konkordate (Jörg Künzli)

X. Verfahrensgarantien (Judith Wyttenbach)

1. Allgemeine Verfahrensgarantien
   1.1 Anspruch auf gleiche und gerechte Behandlung
   1.2 Anspruch auf rechtliches Gehör
   1.3 Anspruch auf unentgeltliche Rechtspflege
2. Rechtsweggarantie
3. Garantien in gerichtlichen Verfahren
   3.1 Anspruch auf ein unabhängiges und unparteiisches Gericht
   3.2 Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlung
4. Garantien beim Freiheitsentzug

I. Grundsätze rechtsstaatlichen Handelns (Axel Tschentscher)

1. Legalitätsprinzip

Im *UBS-FINMA-Entscheid* (BGE 137 II 431) hatte das Bundesgericht Gelegenheit, sich ausführlich zum Legalitätsprinzip und seinen Relativierungen zu äussern. Die FINMA hatte in zwei Fällen Bankkundendaten der UBS an die US-amerikanische Justizbehörde ausgeliefert. Sie war dabei einer Aufforderung des Bundesrats...

Dieses Dokument ist für Abonnenten oder Pay-per-Document-Kunden zugänglich.

Das Dokument "Die staatsrechtliche Rechtsprechung des Bundesgerichts in den Jahren 2011 und 2012" wurde von Gast am 25.04.2024 auf der Website zbjv.recht.ch erstellt. | © Staempfli Verlag AG, Bern - 2024

Abonnieren ↦ Kaufen ↦

Login

Das Dokument "Die staatsrechtliche Rechtsprechung des Bundesgerichts in den Jahren 2011 und 2012" wurde von Gast am 25.04.2024 auf der Website zbjv.recht.ch erstellt. | © Staempfli Verlag AG, Bern - 2024